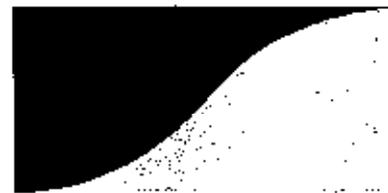


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0  
Telefax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15



## Inhalt

Der Westen, auch die Bundesrepublik, muß der Ukraine helfen, die Folgen einer Abschaltung des gesamten Atomkraftwerks von Tschernobyl zu überwinden, fordert **Dr. Klaus Kübler MdB.**

Seite 1

Einen umfassenden Bewußtseinswandel in der Wirtschaftspolitik als Antwort auf zwölfjährige wirtschaftspolitische Ideenlosigkeit, empfiehlt **Dr. Elke Leonhard MdB.**

Seite 2

Neue Gesetzesinitiativen zur Austrocknung des braunen Sumpfes in unserer Gesellschaft mahnt **Siegfried Vergin MdB an.**

Seite 3

Die ersten freien Wahlen in der Ukraine sind ein großer Erfolg für die Wähler, meint **Brigitte Schulte MdB.**

Seite 4

49. Jahrgang / 69

12. April 1994

### **Die Gefahr des nächsten Super-GAU wächst täglich Voraussetzungen schaffen für die Stilllegung von Tschernobyl**

Von **Dr. Klaus Kübler MdB**

Es ist sicher zu früh, um die zwischen dem stellvertretenden US-Energieminister Bill White und dem ukrainischen Vize-Ministerpräsidenten Valeri Schmarow getroffene Vereinbarung, die beiden noch im Betrieb befindlichen Reaktoren von Tschernobyl stillzulegen, auf ihre Seriosität und ihre Verbindlichkeit hin zu beurteilen. Man wird auch abwarten müssen, wie das ukrainische Parlament entscheiden wird. Bisher hat das ukrainische Parlament hierbei immer mitgesprochen. Niemand weiß, wie das neu gewählte Parlament entscheiden wird. Niemand weiß auch, ob die derzeitige Regierung im Amt bleibt.

Gleichwohl ist diese Vereinbarung insofern von großer Wichtigkeit, als auch amtliche Stellen in der Ukraine die völlig unzureichende Sicherheitssituation von Tschernobyl erneut anerkennen, nachdem Regierung und Parlament der Ukraine die 1991 beschlossene Stilllegung von Tschernobyl im Herbst 1993 wieder rückgängig gemacht haben.

Die Dringlichkeit einer sofortigen Stilllegung des gesamten Atomkraftwerks in Tschernobyl wurde durch die jüngsten Untersuchungen der IAEA in die Ukraine im März 1994 nochmals nachdrücklich bestätigt: So droht unter anderem die brüchige, unter Korrosion leidende Hülle des stillgelegten Reaktorblocks zusammenzubrechen, was eine radioaktive Verseuchung der unmittelbaren Umgebung zur Folge hätte und den Zugang, Betrieb und die Wartung der ohnehin schon sicherheitstechnisch defizitären Atomblöcke 1 und 3 von Tschernobyl unmöglich machen würde.

Die bedrohlichen sicherheitstechnischen Mängel der Tschernobylreaktoren, die Abwanderung zahlreicher Facharbeiter nach Rußland, fehlende Ersatzteile sowie schlechte Bezahlung, schlechte Disziplin und fehlende Geldmittel lassen die Gefahr einer erneuten nuklearen Katastrophe in Tschernobyl täglich anwachsen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2 b, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Versäufte Umgebungs-  
zu umweltfreundlicher  
Recycling-Papier



Um die Chance einer Stilllegung, die die Ukraine jetzt bietet zu nutzen, ist jetzt rasches gemeinsames Handeln des Westens gefragt, die durch eine Stilllegung von Tschernobyl gegebenenfalls entstehende Stromversorgungsdefizite durch Einsparttechnologien auszugleichen, was bei einem Anteil von sieben Prozent an der gesamten Stromproduktion möglich erscheint. Die Lieferung von Strom an andere Länder kann dabei kein Argument für die Aufrechterhaltung des Betriebs in Tschernobyl sein.

Bei dem für den 21./22. April von der IAEA in Wien geplanten internationalen Zusammentreffen sollte sich die Delegation der Bundesregierung mit Nachdruck für eine Koordination der internationalen Finanzhilfen zur sofortigen Stilllegung der bedrohlichen Tschernobyl-Reaktoren einsetzen. Tschernobyl sollte sofort mit der beginnenden warmen Jahreszeit abgeschaltet werden können.

Scharf ist in diesem Zusammenhang das Verhalten von CDU und FDP im Deutschen Bundestag am 10. Dezember 1993 zu verurteilen, die beide einen SPD-Antrag auf Stilllegung von Tschernobyl und Hilfen zur Stilllegung abgelehnt haben. Die Bundesregierung muß sich den Vorwurf gefallen lassen, zu zögerlich zu handeln. Die USA und ihr vorläufiger Verhandlungserfolg in Kiew offenbaren die Schwächen der Reaktorsicherheitspolitik Töpfers gegenüber der Ukraine.

(-/12. April 1994/hgs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Zwölf Jahre wirtschaftspolitische Ideenlosigkeit Mittelstandspolitik: Bundesregierung verkauft Ankündigungen als Erfolg**

**Von Dr. Elke Leonhard MdB  
Außenwirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion**

Die Antwort auf die von mir und 30 anderen Abgeordneten der SPD eingebrachten Kleinen Anfrage zur Mittelstandspolitik ist ein gelungener Nachweis der Strategielosigkeit und Oberflächlichkeit der Bundesregierung.

Wenn die Bundesregierung von der Bedeutung von Unternehmensgründungen für den Strukturwandel redet, bleibt dies reine Rhetorik. Schon der Kompetenzzwirrwarr zwischen mindestens zwei Ressorts (Wirtschaft und Forschung) und innerhalb des Wirtschaftsministeriums zwischen mindestens vier federführenden und zahllosen mitberatenden Referaten verhindert Effektivität. Wichtige Projekte versickern in der Administration. Dies führt im Mittelstand zur Resignation statt Motivation. Die Antwort der Bundesregierung offenbart ferner ein Defizit inhaltlicher Zielvorstellungen.

Wenn die Bundesregierung Gründertalente sucht, muß sie gemeinsam mit den Bundesländern endlich eine Gesamtkonzeption erstellen. Wirtschaftliches Grundwissen darf nicht länger als "Sonderwissen" in ein Betriebswirtschaftsstudium gepfercht werden, sondern gehört bereits in die Curricula der Schulen.

Wenn sich die Bundesregierung jetzt zur Wiedereinführung der Eigenkapitalhilfe für die alten Bundesländer (sog. "EKH-West") rühmt, so ist festzuhalten, daß sie sich in dieser Frage nur auf massiven Druck der Opposition und zahlreicher Wirtschaftsverbände bewegt hat. Allerdings fehlt bisher die faktische Umsetzung. Die Bundesregierung verkauft wieder einmal eine bloße Ankündigung als Erfolg, beweist aber durch ihre Tatenlosigkeit nur ihre Unfähigkeit zum Handeln.

Die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland bedarf einer breit angelegten, systematisch durchstrukturierten neuen Wirtschaftspolitik, die sich aber nicht in Förderprogrammen erschöpfen sollte, sondern einen umfassenden Bewußtseinswandel erfordert. Für einen solchen hat die Bundesregierung bisher nichts getan, wie sie selbst durch ihre Antwort auf die 39 Fragen der Opposition eindrucksvoll dokumentiert.

Die Ergebnisse zwölfjähriger wirtschaftspolitischer Ideenlosigkeit sieht man jetzt auf dem Arbeitsmarkt. Auch eine SPD-geführte Bundesregierung wird ab Herbst 1994 die Defizite nicht auf einen Schlag sanieren können.

(-/12. April 1994/hgs/fr)

\*\*\*\*\*

**Wenn eine Synagoge brennt..**  
**Gesetzgeber muß der Justiz auf die Sprünge helfen**

**Von Siegfried Vergin MdB**

**Sprecher der Projektarbeitsgruppe "Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt" der SPD-Bundestagsfraktion**

Wenn eine Synagoge brennt, wenn der höchste Repräsentant der Juden in Deutschland angegriffen wird, sind alle Juden und der demokratische Rechtsstaat gemeint. Sie zu schützen, zu verteidigen, ist unsere historische, juristische und nicht zuletzt menschliche Aufgabe.

Wir sind jetzt als Politiker, als Gesetzgeber gefordert. Die Staatsanwaltschaft Landshut - und sicher nicht nur sie - ist der Meinung, die Schönhuber-Äußerungen seien keine Volksverhetzung, weil damit nicht gleichzeitig große Teile der Bevölkerung gemeint seien. Wo bleibt da der Sinn für die Realität? Auf die Wirklichkeit sollten sich Gesetze beziehen, und gemessen an der muß man von der bundesdeutschen Justiz Sensibilität erwarten. Schönhuber geht es doch nicht um beliebige Personen. Er kann nun mit "amtlicher" Genehmigung die Herren Bubis und Friedman als zwei Vertreter der jüdischen Minderheit weiter verunglimpfen und so weiter zum Haß gegen sie aufstacheln.

Aus der Sicht der Projektarbeitsgruppe "Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt" halte ich es für dringend geboten, durch erneute Gesetzesinitiativen politisch deutlich zu machen, daß wir alle Mittel ausschöpfen wollen, den braunen Sumpf in unserer Gesellschaft auszutrocknen. Dabei geht es um notwendige rechtliche Klarstellungen. "Blinde" oder nicht in der Gegenwart lebende Juristen brauchen offenbar Formulierungen, die kein Ausweichen möglich machen.

Was wir endlich erreichen müssen: die tatsächliche Anwendung des geltenden Rechts und die Ausschöpfung des bestehenden Strafrahmens. Daß dies nicht durch die Juristen erfolgt, läßt Böses ahnen.

Der Vorgang um Schönhuber erinnert mich fatal an das Urteil des Bundesgerichtshofs gegen den NPD-Vorsitzenden Günter Deckert. Beides bestätigt die SPD-Auffassung, daß die Strafbarkeit der sogenannten "einfachen" Auschwitzlüge durch Gesetze definiert werden muß.

Vor mehr als zehn Jahren hat die SPD-Bundestagsfraktion ihren Entwurf zur Änderung des Strafgesetzbuches vorgelegt. Er ist an den Mehrheitsverhältnissen im Bundestag gescheitert. Wir haben damals schon verlangt, das öffentlich oder in einer Versammlung begangene Leugnen oder die Verharmlosung des nationalsozialistischen Völkermords bestrafen zu können, auch wenn es "nur" in einer Weise geschieht, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören. Es wird höchste Zeit, dies endlich umzusetzen.

(-/12. April 1994/hgs/fr)

\*\*\*\*\*

**Kiew liegt näher an Bonn als Lissabon**

**Die ersten freien Wahlen in der Ukraine sind ein großer Erfolg für die Wähler**

**Von Brigitte Schulte MdB  
NATO-Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion**

Vor 14 Tagen hatte ich zusammen mit anderen Kollegen aus NATO-Staaten die Chance, die Vorbereitung und Durchführung der ersten freien Parlamentswahlen in der Ukraine zu begleiten. Wir fanden das Land in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage vor, aber es gab keine Panik oder Unruhe unter der Bevölkerung und den Politikern.

Wie zuvor in Rußland und in Moldawien stellen wir fest, daß sich das alte Parlament und die staatliche Wahlkommission sorgfältig überlegt hatten, welches Wahlrecht für die Lage ihres eigenen Landes das sinnvollste sein könnte. Die Ukrainer entschieden sich für ein Wahlrecht, das dem französischen sehr nahe kommt. Deshalb mußten auch die meisten Kandidaten am Samstag in einen zweiten Wahlgang.

Wir konnten auch feststellen, daß die Hürden, Kandidat für dieses Parlament zu werden, nicht zu hoch waren, die Wahlichancen waren selbstverständlich sehr verschieden. Aber, wie ist das eigentlich bei uns?

Wenn man bedenkt, daß bei dem ersten Wahlgang rund 75 Prozent der Wähler und diesmal 67 Prozent zur Wahl gegangen sind, so ist der eigentliche Wahlsieger die Bevölkerung, die sich trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten daran beteiligt hat. Der erste Wahlverlierer ist der ukrainische Präsident Krawtschuk, der diese Wahl nicht gewollt hatte.

Wir im Westen müssen intensiver darüber nachdenken, warum wir Wähler abqualifizieren, die ihnen vertraute Persönlichkeiten aus der früheren Nomenklatura gewählt haben. War es doch bei uns in den neuen Bundesländern nicht anders, weder bei der Volkskammerwahl am 18. März 1990, noch bei den Kommunal- und Landtagswahlen, auch bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 konnten weder die neugegründete SPD noch das Bündnis 90 die Mehrheit der Stimmen erreichen, die Bürger wählten Kandidaten der alten Ost-CDU, der Ost-FDP, ja der SED-Nachfolgepartei PDS. Aber viele dieser Abgeordneten sind nun bereit, sich intensiv für die Demokratie einzusetzen.

Nicht anders ist das in den neuen Demokratien Osteuropas. Wir Deutschen müssen uns bewußt werden, daß Hauptstädte wie Kischinau oder Kiew näher an Bonn liegen als Lissabon oder Athen!

Wir müssen uns bewußt werden, daß das Scheitern der Reformprozesse in Rußland oder der Ukraine Europa in einen neuen großen Krieg stürzen könnte. Dies können wir nur verhindern, wenn wir sie als Gesprächspartner ernst nehmen, wenn sie sich von Franzosen, Briten, Spaniern, Italienern und Deutschen gleichberechtigt aufgenommen fühlen!

(-/12. April 1994/hgs/fr)

\*\*\*\*\*